

Die Organisation der Parteizerstörung.

Unter dieser Ueberschrift hebt die vom sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels redigierte „Fackel“, das Organ der sozialdemokratischen Organisation für die Provinz Brandenburg, hervor, mit wie sieberhaftem Eifer von Sozialdemokraten an der Niederreißung des sozialdemokratischen Parteigebäudes gearbeitet wird.

In einem „Spartakusbriefe“ vom 22. April heißt es:

„In der Tat: es geht aufs Ganze. Die Rücksichtslosigkeit des Parteivorstandes kennt keine Grenzen; nur dreifache Rücksichtslosigkeit kann dagegen aufkommen. Jetzt in der Defensive bleiben, heißt kapitulieren. Nur die entschlossenste Offensive kann helfen. Sperrung der Beiträge bleibt das wirksamste Mittel, um die Scheidemann-Ebert unschädlich zu machen. Wenn der Parteivorstand gegen diese Parole in schäumender Wut losschlägt, so beweist das nur, daß sie ins Schwarze trifft, daß sie ein taktischer Schachzug ist, der die Machtposition des P.B. im Kern bedroht. . . . Daß die Beitrags-Sperre als das radikalste Mittel die einzige Sicherung des Sieges bietet. . . . Sie wird und muß sich durchsetzen und wie ein fliegendes Feuer über die ganze Partei verbreiten. . . . Als Machtkampf, nicht als Formelprozeß, muß dieser Entscheidungskampf ausgesprochen werden. . . . Und wahrhaftig: was sollen engherzige Buchstaben bedeuten, was soll kleinliche Paragraphen-Rechnungsträgerei in einem Augenblick von so entscheidender Bedeutung. . . . Diesem Parteisystem, diesen verräterischen Parteinstanzen keinen Mann und keinen Groschen, sondern Kampf bis aufs Messer!“

Die „Fackel“ sagt dazu: „Damit ist das Kampffeld klar. Die letzten Nebel sind geschwunden. Gegen die „Organisationen der Parteizerstörung“ gilt es jetzt den rücksichtslosesten Kampf, es bleibt keine andere Wahl.“

Sozialdemokratische Unstimmigkeiten in Berlin. Die Mehrheit des sozialdemokratischen Vorstandes für Groß-Berlin steht auf dem Standpunkt der Haase-Gruppe und möchte — so behauptet die Minderheit — die zu Scheidemann haltenden Vorstandsmitglieder in einer Generalversammlung aus dem Vorstand entfernen. Gegen diesen Plan hat die bedrohte Minderheit des Vorstandes schon einmal im „Vorwärts“ Einspruch erhoben. Heute veröffentlicht sie — darunter der Vorsitzende Eugen Ernst und die Reichstagsabgeordneten Richard Fischer und Wels — einen neuen Protest. Darin heißt es:

Einer der berufensten Vertreter einer der Sondergruppen hat erst noch am 25. April in Groß-Lichterfelde die Taktik für die Einzelwahlkreise dargelegt. Er beflurwortete dort ein „diplomatisches Vorgehen“, um auf der Kreisgeneralversammlung durch „Ueberrumpelung“ den jetzigen Vorstand „unter allen Umständen“ zu beseitigen. Die Hauptsache sei: „Geld in die Hände zu bekommen“. Der „Vorwärts“ sei aus dem „Hause Lindenstraße 3“ heraus zu bringen und unter die alleinige Kontrolle der Berliner zu stellen. Zuerst sei Fischer zu kündigen, die anderen kämen dann an die Reihe. In wenigen Monaten sei alles erledigt.“